D-02-017-2

Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 16 bis 18 einfügen:
bietet eine Grundlage, um die Kommunen bei der Bewältigung ihrer großen Aufgabe zu unterstützen.
Leider bleibt es in der deutschen und europäischen Debatte nicht bei bloßen populistischen Forderungen. Auch in konkreten Gesetzesvorhaben ist der europäische Rechtsruck zu erkennen. Das prominenteste Beispiel ist dabei der neue Reformvorschlag für das "Gemeinsame Europäische Asylsystem" (kurz: GEAS), welcher eine enorme Asylrechtsverschärfung bedeuten und in Teilen das Recht auf Asyl in Europa faktisch abschaffen würde. Die Zustimmung der Bundesregierung zu diesem Gesetzespaket war ein Fehler und ist aus unserer Sicht mit dem Grundgesetz und internationalen Menschenrechten unvereinbar.
Spätestens die Zustimmung zur sogenannten "Krisen-Verordnung", welche Teil des GEAS-Gesetzespakets ist und es Staaten an den EU-Außengrenzen im Zweifelsfall ermöglicht, alle nach Europa Flüchtenden, sogar Kinder, an der Grenze über Wochen hinweg zu inhaftieren, widerspricht außerdem dem Koalitionsvertrag der Ampelregierung.

Begründung

Die Entscheidung der Bundesregierung, dem problematischen Entwurf zur Überarbeitung des "Gemeinsamen Europäischen Asylsystems" (GEAS) zuzustimmen, war und ist mit unseren Grünen Grundwerten unvereinbar. So manches engagierte Mitglied hat uns (auch) deshalb verlassen, viele andere hadern noch immer mit ihrer Parteimitgliedschaft oder haben ihre aktive Arbeit - die Grundlage unserer Partei - eingestellt.

Doch nicht nur parteiintern hat die Entscheidung zu Unverständnis, Enttäuschung und Wut geführt: Geflüchtetenhelfer, Aktivist*innen aus der Seenotrettung, der Seebrücke, von ProAsyl, den Flüchtlingsräten und unzähligen weiteren Gruppen, und sogar die Migrationswissenschaft hat eindringlich vor dieser gewarnt. Jetzt fühlen sie sich von uns im Stich gelassen und verraten.

Zwar ist eine Überarbeitung des Europäischen Asylsystems zwingend nötig, die jetzt vorliegenden Vorschläge wären zu weiten Teilen allerdings ein Schritt in die falsche Richtung.

Hinzu kommt, dass alle Argumente, die zur Verteidigung der anfänglichen Entscheidung genannt wurden von Expert*innen widerlegt wurden oder spätestens mit Zustimmung zur Krisen-Verordnung hinfällig sind.

Es drohen Lager wie Moria überall an den Grenzen Europas und in Zweifelsfall hätten die Regierungen die Möglichkeit, alle einzusperren, die in Europa Schutz suchen wollen.

weitere Antragsteller*innen

Ocean Renner (KV Nordfriesland); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Kathleen Wabrowetz (KV Berlin-Neukölln); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt); Daniel Wedekind (KV Regensburg-Stadt); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Nils Tellert (KV Kiel); Sabine Yündem (KV Remscheid); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Meike Gerwin (KV Gelsenkirchen); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Lucie Schröder (KV Berlin-Mitte); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Katinka Wellnitz (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick); sowie 47 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.